

Bayer

Dieser Artikel wurde für das Themenfeld **Lobbyisten in Ministerien** angelegt. Er enthält bislang nur Informationen über externe Mitarbeiter in Ministerien.

Die Bayer AG ist ein Chemie- und Pharmaunternehmen. Der Konzern beschäftigte bei einem Umsatz von 28,9 Mrd. Euro im Jahr 2006 106.000 Mitarbeiter weltweit. Im Jahr 2006 fusionierte Bayer mit der Schering AG, die 2005 noch über 24.600 Mitarbeiter beschäftigte. Aufgrund der Fusion plant das Unternehmen 2008 den Abbau von 6.100 Arbeitsplätze, davon 1.500 in Deutschlands. (Stand: 2008)

Bayer AG	
Rechtsform	Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich	Chemie- & Pharmabranche
Gründungsdatum	1863
Hauptsitz	Leverkusen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.bayer.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	1
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	1
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	1
4 Fallbeispiele und Kritik	1
4.1 Lobbyisten in Ministerien	1
5 Fallstudien und Kritik	2
6 Weiterführende Informationen	2
7 Einzelnachweise	2

Kurzdarstellung und Geschichte

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Bayer hatte mit Lobbyisten im Umwelt- und Wirtschaftsministerium die Möglichkeit Einfluß auf Gesetzentwürfe nehmen.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und November 2006, mindestens im

Zeitraum	November 2006 ^{[1][2]}
Mitarbeiter	Hospitantin
Bearbeitete Themen	EU- und WHO Aktionspläne "Umwelt und Gesundheit"; Forschung auf den Gebieten Umwelt und Gesundheit; gesundheitliche Bewertung von Bauprodukten im Referat "Umwelteinwirkungen auf die menschliche Gesundheit"

Fallstudien und Kritik

Weiterführende Informationen

Einzelnachweise

1. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
2. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011